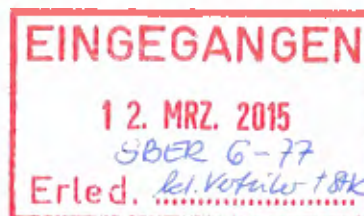


Landtag Brandenburg

6. Wahlperiode



Antrag

des Abgeordneten Andreas Kalbitz
der AfD-Fraktion

Antrag für den Sonderausschuss BER

Der Sonderausschuss BER möge beschließen:

Der Sonderausschuss BER, 6. Wahlperiode, beschließt die Landesregierung zu bitten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass in Zukunft durch die FBB im Rahmen des Schallschutzberichts ausgewiesen wird:

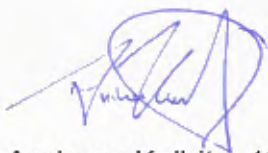
- 1.) der faktische Stand der einzubauenden Schallschutzmaßnahmen gemäß den versendeten ASE, in noch offene Einbaumaßnahmen, laufende Einbaumaßnahmen und abgeschlossene Einbaumaßnahmen;
- 2.) bei der Formulierung des Sachstandsberichtes „Schallschutzprogramm BER“ im „Management Report“ zukünftig nicht mehr pauschal vom „Schallschutz“ zu schreiben (Zitat aus dem Sachstandsbericht der FBB, Seite 4, vom 16. Februar 2015: „Mit Stichtag 31. Januar 2015 liegt der Abarbeitungsgrad beim Schallschutz bei 59 Prozent.“), sondern in dem Falle von Schallschutzanträgen.

Begründung:

Die Erlaubnis der vorübergehenden Inbetriebnahme der Südbahn des BER durch die Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg, mit der Begründung, dass durch die Bearbeitung und Bewilligung der beantragten Schallschutzmaßnahmen durch die Flughafenbetreibergesellschaft den Ansprüchen der Anwohner zu einem großen Teil Rechnung getragen sei, wird von vielen betroffenen Bürgern als nicht nachvollziehbar empfunden. Ein bewilligter Antrag bewirkt noch keinerlei Dämpfung

des Geräuschpegels in den Aufenthaltsräumen der Anwohner. Aus diesem Grund trägt eine detaillierte Ausweisung der Einbaumaßnahmen zur Erhöhung der Transparenz bei und kann bei den betroffenen Bürgern bei einem hohen Umsetzungsgrad zu einer besseren Übersicht zu den Maßnahmen der Flughafenbetreibergesellschaft beitragen.

Weiterhin kann bei der genaueren Formulierung im „Management Report“ bezüglich des „Schallschutzes“ ausgeschlossen werden, dass erfolgreich bearbeitete Anträge mit erfolgreich eingebautem Schallschutzmaßnahmen gleichgesetzt werden, was der Transparenz nochmals zuträglich ist.



Andreas Kalbitz, 12. März 2015

Abgeordneter